



Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Beschäftigten im Gesundheitswesen

Juni 2019



Politik und Personal

– ein schwieriges Verhältnis

Justiz, Politik und Verwaltung sind im Gesundheitswesen selten eng an der Seite des Personals zu finden. Das haben Gesetzesvorhaben und Verwaltungshandeln in der Vergangenheit oft gezeigt - nicht nur in Berlin. Der Tagesspiegel hat den im Herbst scheidenden Chef der Charite, Karl Max Einhüpl, interviewt. Viele Passagen werfen ein beredtes Licht auf den (mangelnden) Stellenwert von Personal und Patienten.

Auf die Anmerkung des Journalisten, dass nun nach Jahren des Abbaus wieder Personal aufbaut würde, fällt Einhüpl als Ursache die wachsende

Einwohnerzahl Berlins und der Bedarf an internationaler Forschung ein. So, als ob es nicht schon lange auch ohne wachsende Bevölkerung einen Pflegebedarf gebe und sollte nicht die Versorgung der Bevölkerung erstes Kriterium für Personal sein und nicht ein ominöser internationaler Bedarf an Forschung? Gefeierte werden da „Drittmittelmaßnahmen auf Rekordniveau“. Drittmittel bedeutet, um es klar zu sagen, dass Sinn und Zweck der Mittel vom Drittmittelgeber diktiert werden und nicht etwa echte Bedarfe.

Besonders stolz ist man auf eine Kooperationsanfrage und die Eröffnung

➔ **Fortsetzung auf Seite 2**



**MEHR PERSONAL IST
BESSER FÜR ALLE!**

500 Meter misst der olympische Brief, der Gesundheitsminister Jens Spahn am 5. Juni im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz in Leipzig von Krankenhausbeschäftigten aus ganz Deutschland und Unterstützer*innen der verschiedenen Bündnisse für Mehr Personal in Krankenhäusern überreicht wurde. Zehntausende Pflegekräfte, Hebammen, Therapeut*innen, Reinigungskräfte, Ärzt*innen und andere aus 80 Städten und mehr als 100 Krankenhäusern haben mit ihrer Unterschrift ihre Wut darüber ausgedrückt, dass die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, krank machen und die Patient*innen gefährden. Für eine gute Versorgung fordern sie, dass die Personalbemessung am Bedarf der Patient*innen gesetzlich festgeschrieben wird, sämtliche Personalkosten finanziert werden, genauso wie die Investitionsförderung der Länder. Und das Fallpauschalensystem ist abzuschaffen.

**Keine Profite mit der
Gesundheit!**



VERWALTUNG VERSUS SENAT?

Mit über 45 Streiktagen kämpften die Physio- und Ergotherapeut*innen, Masseur*innen und Bademeister*innen an der Charité für den TVÖD, machten Druck auf den Senat. Der beschloss die Rückführung der CPPZ zum 1. Januar 2020 und damit würden sie unter den Tarifvertrag TVÖD fallen. Obwohl Investitionsmittel von mehreren Millionen Euro daran gekoppelt waren, legte die Charité jedoch kein Konzept für die Rückführung der CPPZ vor. Daraufhin hatte der Senat selber eins beschlossen.

Ob die Charité diesen Beschluss, wie sie es rechtlich müsste, umsetzt, ist aber keineswegs ausgemacht, hatte sie Senatsbeschlüsse doch schon häufiger boykottiert. Anscheinend sieht sich die Krankenhausleitung eher als Kopf eines Wirtschaftsunternehmens und nicht als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. So ungelegen mag dies dem Senat möglicherweise aber gar nicht kommen: kann er doch so populäre Beschlüsse fassen, den Druck abwenden und seine Hände nach außen in Unschuld waschen, wenn die Beschlüsse nicht umgesetzt werden. Zudem hätte eine erfolgreiche Rückführung der CPPZ durchaus Strahlkraft in Richtung der Tochtergesellschaften bei Vivantes und der sonstigen Tochter-GmbHen in Berlin.

Der Senat muss endlich sicherstellen, dass seine eigenen Beschlüsse umgesetzt werden, wenn er als politische Instanz ernst genommen werden will.

.. STATT DEN PFLEGENOTSTAND ZU BEKÄMPFEN, KLAGTE DER HAMBURGER SENAT AUS SPD UND GRÜNEN VOR DEM HAMBURGER VERFASSUNGSGERICHT DAGEGEN.

➔ *Fortsetzung von Seite 1*

eines Büros an der Charité durch die Hochschulmedizin aus Oxford. Das sei wohl der Brexitfurcht zu verdanken, behauptet Einhäupl, ohne eine Begründung dafür zu liefern. Als Zukunftsmodell wird dann auch – unisono mit der von Bürgermeister Müller einberufenen sogenannten Zukunftskommission – die Vereinigung von Charité und Vivantes in einer Gesellschaft propagiert. Dabei soll die Charité auf Hochleistungsmedizin ausgerichtet werden, während Vivantes sich auf die sogenannte Massenversorgung konzentrieren soll. All das sind keine guten Aussichten für Patienten und Personal.

Hamburg ohne Volksbegehren

Außer in Berlin gibt es in vielen Bundesländern Volksbegehren für eine bessere Personalausstattung, so auch in Hamburg. Statt den Pflegenotstand zu bekämpfen, klagte nun der Hamburger Senat aus SPD und Grünen vor dem Hamburger Verfassungsgericht dagegen. Das setzte sich über den Bürgerwillen der Volksinitiative hinweg, gab dem Senat Recht und führte dazu drei Punkte aus:

Der Abstimmungstext sei vom „Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“ drei mal geändert worden im Verfahren, das Hamburgische Volksabstimmungsgesetz erlaube aber nur eine einmalige Überarbeitung.

Der zweite Punkt für das Gericht war, dass der vorgelegte Entwurf nicht mit höherrangigem Recht vereinbar sei. Die Regelungen, die der Bund zuletzt zur Bemessung des Pflegepersonals getroffen habe, seien „erschöpfend“, also angeblich abschließend, und nicht durch die Länder veränderbar.

Drittens – so das Gericht – gäbe es keinen Zusammenhang zwischen den

geforderten Personaluntergrenzen für Pflegekräfte einerseits und Regelungen für das Reinigungspersonal andererseits. Was für jeden, der weiß, dass die Heilung und Pflege der Patienten ein gemeinsames Werk aller daran Beteiligten ist, nur weltfremd oder höhnisch klingen kann.

Nun also kein Volksbegehren in Hamburg. All das zeigt, dass noch viele dicke Bretter gebohrt werden müssen, dass sich Beschäftigte und Patienten kaum auf Politik, Justiz und Verwaltung verlassen können.



AUFRUF AN DIE SCHRITTMACHER- LESERSCHAFT

Liebe Leserin, lieber Leser, seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der alle 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr -19 Uhr
Mail: info@dgp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion

Rücken krumm, Tasche leer, Sana-Klinik, danke sehr!

– Warnstreik bei Sana erfolgreich

🐾 **Es lief am 23. Mai nur Notprogramm in vielen Bereichen der Sana-Kliniken Berlin-Lichtenberg und Sommerfeld. Die OP-Bereiche waren lahmgelegt. In der Lichtenberger Kardiologie lief nichts mehr, auf vielen Stationen sorgte nur eine Notbesetzung in Früh- und Spätdienst für die Patienten. Ab 5.30 Uhr morgens standen die Streikposten. Warnstreikplakate wurden im ganzen Haus aufgehängt - und bald darauf widerrechtlich vom Sicherheitspersonal entfernt. Lautstarke Kundgebungen fanden vor den Haupteingängen statt. Beiträge wurden auch gehalten von Vertretern des Berliner Bündnisses für mehr Personal im Krankenhaus. Höhepunkt des Streiktages war die gemeinsame Kundgebung um 10 Uhr am Ort der Tarifverhandlungen vor der Verdi-Bundeszentrale. Die 200 Streikenden bereiteten der Verhandlungskommission der Kapitalseite einen lautstarken Empfang. Die war zufällig mit einer Stunde Verspätung eingetroffen und betrat dann sehr eilig das Gebäude. Von der Klinik Sommerfeld waren über 50 Kolleginnen und Kollegen extra mit einem Bus angereist. Danach ging es wieder zurück in die Kliniken, um den Streik auch in der Spätschicht durchzusetzen.**

In der Woche vor dem Warnstreik hatte es eine Verhandlung über eine Notdienstvereinbarung gegeben, um

die Notversorgung der Patienten im Streik sicherzustellen. Ver.di hatte diese detailliert vorbereitet. Es erschien aber nur eine zweitrangige Delegation der Geschäftsleitung, die jede Verhandlung und jede Unterschrift unter eine Notdienstvereinbarung ablehnte. Damit versuchte die Direktion, möglichst viel Verunsicherung in die Belegschaft zu bringen. Diese mussten sich jeweils selbst durchsetzen, auch gegenüber den ärztlichen Leitungen. Notdienste und faktische Bettensperrungen gab es dann doch. Das alles konnte den Warnstreik aber nicht verhindern!

Die Tarifverhandlung am 23. Mai brachte erstmals ein Ergebnis, nachdem die Kapitalseite monatelang gemauert hatte. Danach soll es 4% mehr Gehalt geben, Laufzeit aller Entgeltregelungen ist ein Jahr. Eine Einmalzahlung von 450 Euro, für Pflege-Azubis 50 Euro mehr und ab dem 1.1. 2020 nochmals 50 Euro. Ab 1.1. ebenso die Arbeitszeitangleichung Ost-West auf 38,5 Stunden.

Das ist noch weit entfernt von dem eigentlichen Ziel, mittelfristig an das Niveau des TvöD heranzukommen, und auch deutlich unter den geforderten 7%. Die Chance eines solchen Abschlusses, sollte er von den Mitgliedern angenommen werden, besteht darin, dass bei kurzer Laufzeit in der nächsten Tarifrunde noch kräftig nachgelegt werden kann. Die Sana-Beschäftigten haben erstmals gezeigt, dass sie auch streiken können und dass es keine Nullrunden mehr geben wird.



EVG: KLIMASCHUTZ IST MEHR BAHN FÜR DIE MENSCHEN

Die Klimapolitik dominierte in den letzten Monaten die Medien. Ausgelöst hat das die Schüler*innenbewegung „fridays for future“. Schnell waren viele Politiker dabei zu betonen, dass ihre Aktivitäten richtig seien. Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) in Berlin setzt einen eigenen Akzent und sagt: Die Schiene muss das Rückgrat des Verkehrssystems der Zukunft sein. Denn nur so kann ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz gewährleistet und der Verkehrskollaps vermieden werden. Am 20. Mai zog eine Demonstration vom Finanzministerium zum Verkehrsministerium in Berlin und machte deutlich: Deutschland braucht die Mobilitätswende. Die Bundesrepublik hat sich in völkerrechtlichen Verträgen dazu verpflichtet, die CO₂-Emissionen deutlich zu reduzieren. Nach Berechnungen der EVG kann die Schiene 20 Prozent der im Verkehrsbereich geforderten CO₂-Einsparungen leisten – wenn sie entsprechend gefördert wird. Gefördert werden heißt: Sie muss finanziell unterstützt und politisch zum Verkehrsträger Nr. 1 der Zukunft entwickelt werden. In einem Positionspapier hat die EVG festgehalten, was getan werden muss. Unterstützung erhielt die EVG von Schüler*innen von „fridays for future“ mit einem Beitrag auf der Abschlusskundgebung.

Weitere Infos: <https://www.evg-online.org/bahnretter/>

SOMMER - SONNE - KOMMUNISMUS

.. so lautet das Motto des internationalistischen Sommerfestes der DKP Berlin.

Vorstellen und diskutieren wollen wir unsere Positionen zur Mietpolitik, die Beteiligung an Mieter*innenprotesten sowie gesundheitspolitische Aspekte, so auch die Situation der Beschäftigten in den Krankenhäusern oder die Abschaffung des Fallpauschalensystems. Auch ein Blick über die Landesgrenze hinweg erfolgt. So werden „Chinas Rolle in der Weltpolitik“ und „Lateinamerika im Visier der USA“ näher beleuchtet.

Neben einer Kunstaussstellung der Künstlergruppe Tendenzen wird es verschiedene Angebote für Kinder sowie einen Bücherbasar geben. Für das leibliche Wohl sorgen die Kuchentheke, Deftiges vom Grill und Salate samt Getränken. Die musikalische Bühne bereichern Lautaro mit Musik aus Chile, die Berliner Folk-Punk-Band „The Pokes“ sowie Musicalle mit Musik aus Lateinamerika.

Wann:

**Samstag, 24. August 2019,
15 Uhr bis 22 Uhr**

Wo:

**Weberwiese in
Friedrichshain**



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Die Wahlen zum EU Parlament können nicht anders interpretiert werden, als dass die Wähler*innen die Regierungskoalition abgestraft haben. Noch nie in der Geschichte bundesweiter Wahlen haben die CDU/CSU und deutlicher noch die SPD ein derart niedriges Ergebnis erzielt. Großer Jubel ist hingegen bei den Grünen ausgebrochen. Nach neuesten Umfragen wären sie die bei einer Bundestagswahl stärkste Partei. Dabei wird völlig verdrängt, dass die Grünen ebenso für das heutige soziale Desaster mitverantwortlich sind. Die sogenannten Hartz-Reformen – also der größte Sozialraub bei Arbeitslosen und Rentnern – sind unter einer Rot-Grünen Bundesregierung durchgesetzt worden. Das muss auch nicht wundern, denn wirtschaftspolitisch sind die Grünen eher auf der neoliberalen Ecke anzusiedeln. In Berlin bekommen dies die Beschäftigten der S-Bahn gerade zu spüren. Die von den Grünen eingesetzte Verkehrssenatorin versucht, die Berliner S-Bahn durch Ausschreibungen zu zerschlagen.

Das Wahlergebnis ist besonders mit Blick auf das Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder interessant. Zwar wählten diese überdurch-

schnittlich die SPD, aber im Vergleich zu den letzten Wahlen waren die Verluste dramatisch (-14,8 Prozent). Größte Fraktion – aber deutlich unter dem Bundesdurchschnitt – war bei den Gewerkschaftsmitgliedern die CDU/CSU mit 22,6 Prozent. Entgegen dem Bundestrend liegen auch die Grünen mit 18,3 Prozent unter dem Durchschnitt, die Partei Die Linke jedoch mit 7,7 Prozent darüber. Für Diskussionen sorgt auch das Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern bezogen auf die AfD: 13,1 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder und damit gut zwei Prozent über dem Durchschnitt wählten AfD. Sie wählten eine rechtskonservative Partei mit einem stärker werdenden faschistischen Flügel, die nicht deutlicher gegen die Interessen von Werktätigen gerichtet sein kann. Sollte es dieser Partei gelingen, weiteren Einfluss zu erhalten, wird das für den Lebensalltag in allen Bereichen schlimme Folgen haben.

Die Erfahrungen, die die Gewerkschaften bei den letzten Betriebsratswahlen gemacht haben, können auch für die Reaktion auf das Ergebnis der EU-Wahlen von Bedeutung sein. Die Analysen zeigen, dass rechte Kräfte bei den Betriebsratswahlen keinen Fuß fassen konnten, weil die gewerkschaftlichen Kandidat*innen mit klarem Profil für die Interessen der Beschäftigten antraten. Das gilt es auch in den gesellschaftspolitischen Debatten umzusetzen.